

Hochheimer Stadtanzeiger

Flower
Amtliches Organ
d. Stadt Hochheim



Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit Illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hochheim, Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Kestamen die 6-gespaltene Colonelzeile 20 Pfg. Bezugspreis monatlich 1.— Rm. Postcheckkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 26.

Donnerstag, den 11. März 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Reichstagsabgeordnete Lampe, Senatspräsidentin in Ansbach, ist von einem schweren Schlaganfall betroffen worden. Der Abg. Lampe gehört der Wirtschaftlichen Vereinigung an.

Die Kontrollkommission des Völkerverbundes hat sich im Prinzip dahin geäußert, der Budgetkommission des Völkerverbundes vorzulegen, für Deutschland den gleichen Mitgliedsbeitrag wie für Frankreich festzusetzen. Die Höhe des Beitrags hängt von der Höhe des Ergänzungsbudgets ab. Er wird etwa zwei Millionen Reichsmark jährlich betragen.

Während sich die der englischen Regierung nachstehenden Parteien in der Opposition befinden, so ist die Oppositionspartei mit ihren Anhängern auf die Außenpolitik Chamberlains fort.

Auf der Konferenz der Kleinen Entente ist beschloffen worden, daß in Zukunft die Kleine Entente immer abwechselnd durch einen Mitglied im Völkerverbund vertreten sein soll.

Wie aus New York gemeldet wird, hat der Oberste Gerichtshof in Washington das Revisionsgesetz des Nordamerikanischen Kontinents, die amerikanische Regierung wegen der im Kriege beschlagnahmten Datenanlage am Südpol zurückgewiesen.

Deutschland und China.

Nach einer Meldung aus Genf hat die chinesische Delegation 20 ausländische Pressevertreter zu einem internen Tagessitz in das Hotel „Beau Rivage“ eingeladen, um ihnen den Standpunkt der chinesischen Regierung zur Frage der Erweiterung des Rates auseinanderzusetzen. Im Laufe der Unterhaltung äußerte der erste chinesische Delegierte, daß die chinesische Delegation von dem Wunsch des deutschen Reiches, das deutsche Außenministerium am Montag nachmittag aus das angesehene betrieht worden sei und daß sie die Bedeutung dieses Besuches sehr wohl einzuschätzen wüßte. „Ich glaube mit seiner Politik, die es in Genf vertritt, den Interessen der chinesischen Delegation sehr nützlich sein zu können. Der chinesische Delegierte hat sich nochmals den Standpunkt Chinas auseinandergesetzt, es sei bei einer Erweiterung des Rates durch andere Staaten der Deutschland gleichfalls einen ständigen Ratssitz zu bewahren. Im Falle der Befristung auf Deutschland würde jedoch China zufrieden geben.

Zum Schluß des Tages hielt der chinesische Delegierte eine Rede, in der er eine längere Ansprache, in der er den Standpunkt Chinas allgemein darlegte. Es sei nicht nur darauf hingewiesen worden, daß ein Staat wie China wegen der politischen Lage in seinem Innern keinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz erheben könne, aber es gebe in der ganzen Welt nicht einen einzigen Staat, der in der letzten Zeit gleichviel politische Änderungen durchgemacht hätte, wie China. China trete den anderen Staaten an, um an der Verbesserung des Weltfriedens erfolgreich mitarbeiten zu können. China verlange gleiche Behandlung durch die anderen Staaten, wie sie in internationalen Beziehungen der Völker üblich sei. China unter der Befriedung seiner Rechte durch die ausländischen Regierungen. Deshalb habe es seine Klagen vor die Völkerverammlung gebracht und die Forderung aufgestellt, die Beziehungen Chinas zu den ausländischen Staaten Revision unterzogen würden. Die Völkerverammlung sei diesem Wunsch einstimmig angeschlossen. Chinas Stellung in der Welt sei vorläufig verstanden worden. Durch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den anderen Staaten würde nicht nur dem chinesischen Volk eine Besserung erwiesen, sondern der Friede im Fernen Osten werde dadurch gesichert.

Das Abfindungskompromiß.

Zustimmung der Deutschen Volkspartei.

Der vom Reichsjustizministerium überprüfte Kompromißentwurf für die Festschließung ist den Führern der Regierungsparteien überreicht worden. Es machte sich dabei noch Notwendigkeit von Nachfragen geltend. Die endgültige Fassung wird sofort dem Reichsausschuß des Reichstags vorgelegt werden.

Nach Schluß der Dienstags-Plenarsitzung trat die Deutsche Volkspartei zu einer Fraktionsbesprechung zusammen, um den Bericht ihrer Vertreter über das Kompromiß entgegenzunehmen. Nach etwa einstündiger Sitzung wurde beschloffen, den Entwurf grundsätzlich zuzustimmen; da jedoch einige Punkte noch erforderlich sind, soll noch einmal eine Besprechung der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung über stattfinden.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat ihre Fraktionsbesprechung abgehalten, da sie erst die endgültige Fassung des Kompromisses entgegennehmen will. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei beschloß sich gleichfalls mit dem Kompromiß, verlegte sich aber, wie einen Bruch zu lassen, auf Mittwoch.

Das neue Kabinett Briand.

Die Ministerliste.

In der Nacht zum Mittwoch hat Briand sich mit seinen Mitarbeitern ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik das neue Ministerium vorzustellen, das sich wie folgt zusammensetzt:

Ministerpräsident und Außenministerium: Briand.

Justiz: Pierre Laval.

Inneres: Malvy.

Finanzen: Raoul Peret.

Krieg: Painlevé.

Marine: Georges Leygues.

Handel: Daniel Vincent.

Öffentliche Arbeiten: de Monzie.

Unterricht: Lamoureux.

Agrar: Jean Durand.

Kolonien: Leon Berier.

Pensionen: Jourdain.

Arbeit: Durrain.

Die Unterstaatssekretäre werden noch bestimmt werden.

Briand wird sofort wieder nach Genf abreisen.

Wie dasas berichtet, war Briand gestern Abend bei dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats dringlich vorgeschickt worden, um ihn zu veranlassen, diesen Ausschuss unverzüglich einzuberufen, bevor er nach Genf fährt, falls er das neue Ministerium bilden werde. Der Vorsitzende des Ausschusses hat Briand geantwortet, eine neue Diskussion sei unnötig, da Briand ja bezüglich der Abmachungen von Locarno in der vorigen Woche eine quasi einstimmige Billigung gefunden habe.

Ein Veto Brasiliens.

Die Lage in Genf.

Die Lage in Genf hat sich weiter kompliziert. Der Vertreter Brasiliens droht, sein Veto gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund einzulegen, wenn Brasilien nicht selbst einen ständigen Ratssitz erhält. Außerdem haben neben Polen, Spanien und Brasilien die Tschechoslowakei, Belgien, China, Portugal und Jugoslawien Anspruch auf ständige Ratssitze erhoben. In Reaktion der deutschen Delegation wird die durch den brasilianischen Vorschlag hervorgerufene Lage sehr ernst beurteilt, da die Aufnahme Deutschlands durch die Stellungnahme Brasiliens scheitern kann.

Die spanische Drohung, im Falle der Nichterlangung eines ständigen Sitzes aus dem Völkerverbund auszutreten, wird nicht allzu tragisch genommen. Auch von der politischen Delegation wird angenommen, daß sie sich unter dem Druck der anderen Mächte bereithalten wird, ihre Ansprüche bis zum Herbst zurückzustellen. Die Stellungnahme der deutschen Delegation ist unverändert. Sie wartet ab, bis es den anderen Mächten gelungen ist, Brasilien von seinem Anspruch abzubringen und Spanien und Polen zu beruhigen, ist aber entschlossen, nach Berlin zurückzukehren, wenn nicht Deutschland, und zwar nur Deutschland, in den Völkerverbund aufgenommen und ein ständiger Ratssitz gewährt wird.

Die Kleine Entente.

Unter den in Genf weilenden Vertretern der Kleinen Entente hat in den letzten Tagen ein lebhafter Gedankenaustausch über die Erweiterung des Rates stattgefunden. Besonders der jugoslawische Außenminister ist sich entschieden dabei eine sehr lebhafte Tätigkeit. Er hatte eine längere Unterredung mit dem griechischen Außenminister Rous, der für die Politik der Kleinen Entente innerhalb des Rates gewonnen werden soll.

Anschließend besteht auf Seiten der Kleinen Entente die Absicht, von den in Genf weilenden Großmächten die Forderung zu erhalten, daß innerhalb des Rates stets einer der Staaten der Kleinen Entente vertreten sein werde, doch würde man sich mit einer allgemeinen Zusage begnügen, falls ein ständiger Ratssitz nicht zu erlangen sei. Zurzeit vertritt bekanntlich Dr. Beneß die Kleine Entente im Völkerverbund. Jugoslawien erhebt nun von sich den Anspruch, an Stelle der Tschechoslowakei die nächsten drei Jahre zu dem Rate zu gehören.

Die Völkerverbundsverfassung.

Ein neuer englischer Kompromißvorschlag in Genf?

Die Genfer Berichte der englischen Blätter enthalten wenig Neues. Im allgemeinen aber ist ein gewisser, wenn auch sehr vorsichtiger, Optimismus erkennbar.

Die „Times“ überschreiben ihren Bericht: „Fortschritt in Genf, ein englischer Kompromißvorschlag.“ Der Grundgedanke des Kompromisses sei, wie sie berichten, der Vorschlag, der Rat solle die Verammlung um die Ernennung einer Prüfungskommission bitten. Diese Kommission solle die ganze Frage der Völkerverbundsverfassung prüfen und der nächsten ordentlichen Sitzung im Herbst einen Bericht überreichen.

Der Rat würde dann den Bericht prüfen und die ganze Angelegenheit der Völkerverbundsverfassung zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Dieser Plan geht von der Wahl Deutschlands in der gegenwärtigen Session aus. Deutscherseits

habe man gegen dieses Projekt keinerlei Einwände zu machen, doch weigere man sich, sich schon heute in der einen oder anderen Kandidatenfrage festzulegen. Die Ansichten dieses Vorschlages seien nicht schlecht, besonders da China seinen Anspruch zurückgezogen habe. In den letzten 24 Stunden habe sich also eine entscheidende Verschlechterung der Aussichten aller Kandidaturen außer der Deutschlands ergeben. Das größte Verdienst daran gebühre der schweigenden aber unerschütterlichen Opposition des Herrn Lunden.

Politische Tagesschau.

++ Zur Wirtschaftskrise in Deutschland. Der Sonderkorrespondent der „Daily Chronicle“, Remwid, berichtet aus Düsseldorf ausführlich über die „ernsteste Krise in der Geschichte der industriellen Welt“, die Deutschland durchmache, und über die Geduld und Tapferkeit, mit der die großen Massen in Deutschland der „herzerweichenden Lage“ gegenüberstehen.

++ Die Ursachen der Wirtschaftskrise. Der gemischte Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen der Wirtschaftskrise, dem auf Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes auch Professor Bogemann-Deutschland angehört, beschäftigte sich in der letzten Sitzung besonders mit den Krisenerscheinungen, die auf den übertriebenen wirtschaftlichen Nationalismus zurückzuführen. Der Ausschuss erklärte in seinem Bericht, daß sich die Weltwirtschaftskrise unbedingt mit den damit zusammenhängenden Erscheinungen befassen müsse, wie z. B. der übertriebenen und künstlichen Entwicklung gewisser Industrien, der Verwirrung des internationalen Warenmarktes durch Uebertreibung des Zollschutzes, der Unbeständigkeit und Uebertreibung des Zensurwesens und den übertriebenen Handelsbarrieren beim Produzenten und Zwischenhändler.

++ Die Arbeitgeberverbände zum Washingtoner Abkommen. In den Mitteilungen über die Londoner Verhandlungen der Arbeitsminister am 3. März erklärte die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß sich an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Washingtoner Abkommen nichts geändert habe. Die deutschen Arbeitgeberverbände ständen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, abgesehen von allen anderen Bedenken, kein europäischer Staat die Verantwortung für eine internationale Bindung mit weltpolitischen Verpflichtungen auf sich nehmen könne, so lange nicht auch die mit der geplanten Weltwirtschaftskonferenz zusammenhängenden Vorfälle für Deutschland in befriedigender Weise gelöst seien. Dabei wird schließlich besonders zu bedenken sein, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika wieder dem Internationalen Arbeitsamt, noch dem Washingtoner Abkommen beigetreten sind.

++ Demonstration gegen den Abgeordneten Streicher. Im Verlaufe der Beratungen im Plenum des bayerischen Landtags verließen während der Ausführungen des Nationalsozialisten Streicher, der auf das Dawes-Abkommen zu sprechen kam und erklärte, daß die Reichsbahnbeamten an eine internationale Judengesellschaft verraten wurden, die Sozialisten und Kommunisten demonstrierend den Sitzungssaal.

++ Eine Saar-Delegation in Genf. Wie die Blätter aus Genf melden, ist in Genf unter Führung von Kommerzienrat Köhling eine Delegation aus verschiedenen Parlamentarismitgliedern aus dem Saargebiet eingetroffen, um die Wünsche der Saarbevölkerung bei den bevorstehenden Beschlüssen des Rates durchzusetzen.

++ Die deutsche Delegation für die Internationale Parlamentarische Handelskonferenz. Wie das Nachrichtenbüro des Reichs Deutscher Zeitungsverleger erfährt, sind vom Reichstag als Vertreter Deutschlands auf der Internationalen Parlamentarischen Handelskonferenz, die am 26. Mai in London beginnt, die Abgeordneten Dr. Reineke-Jung (Duisb.), v. Naumer (D. Sp.), Lammers (Hr.), Meyer-Berlin (Dess.) und Dr. Hilferding (Soz.) bestimmt worden.

++ Chamberlains Besuch bei Luther. Ueber den Besuch Chamberlains bei Reichskanzler Dr. Luther und Dr. Stresemann wurde folgende amtliche Mitteilung ausgeben: Chamberlain stattete dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Minister Dr. Stresemann einen Besuch ab und hatte mit ihnen eine längere freundliche Aussprache, die 14 Stunden dauerte. Zwischen den Vertretern der Signatarmächte des Rheinlandpakt ist vereinbart worden, die Unterhaltungen, die am Sonntag nachmittag begonnen wurden, morgen vormittag fortzusetzen.

++ Südtirol vor dem Völkerverbund. Der Tiroler Landtag nahm einen Dringlichkeitsantrag der bürgerlichen Parteien an, in dem den Bundesratsmitgliedern aus Tirol für die mannhafte Vertretung der Tiroler Interessen der Dank ausgesprochen und bedauert wird, daß vom Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Hauptauschuß des Nationalrates nicht nur der Name Südtirol vermieden, sondern gänzlich der Ausdruck „Österreich“ gebraucht worden sei. Die Angelegenheit Südtirol gehöre vor den Völkerverbund.

++ Amerika und die politische Lage in Europa. Die „Times“ melden aus Washington: Die Beamten des Weissen Hauses haben auf die von der Presse aus Frankreich und England über die politische Lage in Europa eine Antwort nicht erteilt, da, wie sie erklären, die Lage in Europa die Vereinigten Staaten nicht berühre.

Erheblicher Schaden durch Sturmfluten.

...mich deswegen als ...
...ein Bekenntnis des ...
...gegenseitige ...
...Verhältnisse der ...
...Rechtsgrundlage ...
...Zugang, oder ...
...Verwaltungs ...
...Gebot der ...
...Bestrebungen zu ...
...des Reiches zu ...
...fühles. Die andere ...
...Zentralstelle der ...
Welt.
Bei dem Berliner ...
...samtlich wahrscheinlich ...
...Ein Brauereibetrieb ...
...bei Kallenberg ...
...Wird durch ...
...Friedrich. Im ...
...eine schwere ...
...kamen und eine ...
...wurde. Die ...
...gegen die ...
...entwungen ...
...beweisen, wie ...
...amerikanischen ...
...Prohibitions ...
...Haupt-Preise ...
...stimmen gegen ...
...en wenigstens ...
...20 188 für die ...
und Fern.
...in den ...
...Wesen gibt ...
...sichlich ist, daß ...
...zu ...
...Neubearbeitung ...
...Quell, Neues ...
...M., die beide ...
...in seiner ...
...erfahrm gemacht, daß ...
...erst seit ...
...Gesamtheit ...
...erst in ...
...s. Dessen. Der ...
...M., Carlos ...
...nungen im ...
...on in ...
...Erwerbslose ...
...Noch ehe ...
...eine drohende ...
...Autos zur ...
...wurden ...
...Eisenbahn ...
...mit einem ...
...nagel einen ...
...Güterzug ...
...trümmert und ...
...hatte, wurde ...
...in einem ...
...Jugendgericht ...
...Madame, welches ...
...berzeugung ...
...häter, Tante ...
...Scherzes, wehrt ...
...aus dem ...
...zu geben, dem ...
...zu spielen. ...
...Dir nicht vor ...
...weil ein Mittel ...
...s.
...aus den ...
...gewiß ...
...vor?"
...es für ...
...Tante. Wir ...
...war kein ...
...in ein ...
...me ihn ...
...nertsam und ...
...gebrauchen. ...
...zur Schau ...
...und beginnt ...
...trahlend ...
...achtung ...
...Tages ...
...weist an ...
...halt in ...
...humoristische ...
...so daß ...
...folgt.)

Spiele nicht mit dem Gewehr. Der 15jährige Sohn eines Einwohners in Horbach bei Selbhausen, der sich mit seinen Jüngern im Walde mit Scheibenschießen vergnügte, hielt dabei einen Schuß ins Knie. Er mußte in schwerem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Eintragungen zum Volksbegehren. In die Eintragungsliste für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten haben sich in Hanau bis jetzt 3630 Personen eingetragen. In Bangeselbold bei Hanau haben sich bis jetzt 1203 Personen eingetragen, das sind, die die Gemeinde Bangeselbold rund 6000 Einwohner hat, etwa 20 Prozent der gesamten Einwohnerzahl.

Nußerfälle in Frankfurt. In einem nichtstädtischen Versorgungshaus in Frankfurt a. M. ist unter den Insassen eine tödliche Darmkrankheit ausgebrochen. Bei zwei Personen wurde die Ruhr festgestellt, zwei davon sind bereits gestorben.

Stenographische Frühjahrsprüfung. Das Stenographische Prüfungsamt der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. Hanau veranstaltet am Sonntag, 21. März, eine diesjährige Frühjahrsprüfung für Stenographen und Verhandlungsstenographen (Praktiker). Die Teilnahme ist nach Auswärtigen gestattet, soweit nicht von der für sie zuständigen Industrie- und Handelskammer Prüfungen abgehalten werden.

Der Münzelgelberdebrandant Dresden ausgeliefert. Der hiesige Stadtschreiber Paul Dresden in Frankfurt a. M., der vor einigen Monaten nach Unterschlagung von etwa 10000 Mark Münzelgelbern geflüchtet war, aber noch durch seine Einweisung nach Amerika in Rotterdam verhaftet werden konnte, ist jetzt von der holländischen Regierung ausgeliefert und ins Untersuchungsgefängnis nach Frankfurt gebracht worden.

Eröffnung eines Selbstanschlußbundes. Die Fernvermittlungsstelle bei dem Postamt in Schlagen a. d. wird am 10. März auf den Selbstanschlußbetrieb umgestellt werden. Verbindungen innerhalb des Ortsfernverkehrs Schlagenbad werden alsdann ohne Inanspruchnahme des Vermittlungsbeamten durch Ziehen einer Nummer hergestellt werden. Den Fernverkehr vermittelt das Fernsprechamt in Wiesbaden, das unter Nr. 66 mit dem Selbstanschlußband verbunden ist. Die Teilnehmer erhalten zum Teil neue Nummern.

Einbrüche in Dienstgebäude. Wie die Bundeskriminalpolizei mitteilt, hat sich eine Einbrecherbande darauf verlegt, in Rheinland in die verschiedensten Dienstgebäude einzubrechen, um sie auszuplündern. So wurden in letzter Zeit in 3 Kantrats- und Finanzämtern des Rheinlandes Einbrüche verübt. Neuerdings suchten die Täter zahlreiche Orte in Hessen und Hessen-Nassau heim.

Krillpferberatungsstelle für die Provinz Rheinhessen. Die nächste unentgeltliche Beratung für Kinderbenutzende (in Mainz, Neubrunnenstr. 8, Fernsprechanschluß Nr. 4168) findet am Samstag, den 12. und 27. d. M., nachmittags von 2 bis 4 Uhr statt.

Abnehmende Erwerbslosigkeit im Vogelsberg. Im Vergleich zu anderen Städten Hessens und Hessen-Nassaus ist es in Lauterbach gegenwärtig nur noch wenige Erwerbslose. Ingesamt waren am 6. März nur noch 10 Personen als Erwerbslos gemeldet.

Einzelhandel und Wirtschaftsnote. Eine unter Teilnahme von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden abgehaltene Vollversammlung des Einzelhandelsverbandes in Dessen, Walddorf und Nachbargemeinde nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die in der Stadt alle zu Kasseler versammelten hiesigen Einzelhändler werden mit Genehmigung entnommen, daß die Hauptgemeinschaft aller Gebiete der deutschen Wirtschaft bemüht ist, die Lage des Einzelhandels zu vertreten. Sie erwarten die Hauptgemeinschaft, ihre Aufmerksamkeit insbesondere darauf zu richten, daß die noch bestehenden Reste der kriegs- und notwirtschaftlichen Maßnahmen in Kürze endgültig verschwinden, daß in allen Dingen der Reichstagsbeschluss, die Preissteigerungsordnung aufzuheben, verwirklicht wird. Sie erwarten ferner, daß ungerechte Beschuldigungen des Einzelhandels in der Hauptgemeinschaft die Regierung unterbunden werden, indem die Hauptgemeinschaft die Regierungstellen über die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Beziehungen aufklärt und die Abhängigkeit des Einzelhandels von den Bedingungen der anderen Wirtschaftsklassen hervorhebt. Sie erwarten die Hauptgemeinschaft ferner, ihr größtes Augenmerk darauf zu lenken, daß die nunmehr in Aussicht gestellte Steuerermäßigung durchgeführt wird, daß aber andererseits die Ermäßigung der Umsatzsteuer keinesfalls eine Erhöhung der direkten Steuern nach sich ziehen darf, daß vor allen Dingen auf dem Gebiete der zur Unentgeltlichkeit gestiegenen Gewerbesteuer, die unbedingt erforderlichen Ermäßigungen eintreten.“

Wieder steigendes Wasser. Die Fulda steigt seit dem letzten Hochwasser auf jeden größeren Regenguss und die Wasser bereits die Schwellen wieder überschritten. Der Lastverkehr erleidet vorläufig noch keine Beschränkung.

Schwerer Einbruchsdiebstahl. In der Nacht wurde in der ersten in ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt und dabei ein alterner Tresor, goldene Schmuckstücke mit und ohne Edelstein, Brillant- und Smaragd- und ein Brillant-Kollier, silberne Schmuckstücke sowie andere Juwelen und Pelze im Werte von ungefähr 5000 RM. gestohlen.

Frankösisches Kriegsgerichtsurteil. Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte fünf Arbeiter aus Kassel, die während des großen Hochwassers um die Jahresende nach der sogenannten Mainau bei Kassel in einem Booten übergesetzt waren und dort das wegen der Hochwasserflut vorübergehend geräumte Quartier eines französischen Bataillons ausgeplündert hatten, zu Zuchthausstrafen von fünf Jahren bezw. Gefängnisstrafen von zwei und einem Jahre. Nachgewiesen konnte ihnen der Diebstahl von 13 Flaschen Wein und einer Flasche Rum werden.

Lozales.

Hochheim a. M., den 11. März 1926.

Der Frühjahrsperdemarkt am verfloßenen Montag hatte sich einer günstigen Witterung zu erfreuen, und daher war auch sein Besuch ein zufriedenstellender. Zwar schien es in den Tagen vorher, wo der Winter noch eintrat, ein harten Vorstoß machte, als würde er hinsichtlich des Wetters das Schicksal des vorjährigen Herbstes teilen. Doch der Himmel hatte Einsicht und ließ an diesem Tage seine Schleusen geschlossen. Der Auf-

trieb an Pferden war ein recht erfreulicher. Auf dem Marktplatz waren 470 Pferde zum Verkauf gestellt. Dazu kommen noch diejenigen, die in der Stadt verhandelt wurden und die daher nicht auf dem Marktplatz aufgetrieben waren. Es waren Pferde aller Qualitäten vorhanden, darunter auch edle Rassepferde. Der Handel wollte nicht recht in Schwung kommen; er bewegte sich in ruhigen Formen, denn die Geldknappheit der gegenwärtigen Zeit machte sich bemerkbar. Die Preise hielten sich daher auch auf einer mittleren Linie und gingen hier und da noch unter dieselbe herab. Der Rindviehmarkt mußte leider wegen der herrschenden Maul- und Klauenseuche ausfallen. Auf dem Krammarkt waren eine Anzahl Verkaufsstände aufgeschlagen, deren Inhaber ihre Waren zum größten Teile durch Glücksspiel an den Mann zu bringen suchten. Der Vergnügungspark zeigte das bekannte buntnelkebild. Auch die unvermeidlichen Zigeuner hatten sich wieder eingefunden und gaben mehrschal der Marktpolizei Anlaß zur Betätigung. Wie in den vergangenen Jahren, so hatte sich auch diesmal wieder die „Freiwillige Sanitätskolonne“ dafür in den Dienst des Marktes gestellt und mußte auch aktiv eingreifen.

Von der S.P.D. nahestehender Seite wird uns geschrieben: Fürstenabfindung und Volksentscheid so lautet das Thema über das kommende Samstag, abends 8 Uhr, Frau Alma Köhle aus Frankfurt a. M. in der „Krone“ hier sprechen wird. Was diese Frage für uns Deutsche bedeutet soll in dieser Versammlung eingehend erörtert werden. Pflicht eines jeden Bürgers wäre es daher, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Es gilt auch den letzten Wähler und die letzte Wählerin darauf aufmerksam zu machen, um was es geht, klarzumachen, daß man nicht zu gleicher Zeit über zu hohe Steuern und Lasten schimpfen kann und dann stillschweigend zugibt oder sogar dafür eintritt, daß den ehemaligen Fürsten 2500000000 Mk. Abfindung gezahlt wird. Man beachte diese Summe im Vergleich mit folgenden Ziffern, 2,5 Milliarden Mk. würden ausreichen:

1. um die auf Preußen entfallenden Wintertredite 833 mal zu vergrößern und alle Not der Winter mit einem Schlage zu beheben;
 2. um 1000000 verheiratete Erwerbslose ein halbes Jahr lang zu unterstützen;
 3. um sämtlichen Kleinrentnern, Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Renten zu verdoppeln;
 4. um 250000 Wohnhäuser mit je 2 mittelgroßen Wohnungen zu bauen, wodurch das Wohnungsmangelgesetz überflüssig wäre;
 5. um sämtlichen Schulkindern des deutschen Reiches vom 10.—15. Jahre 20 Jahre lang Mittelschulbildung geben zu können, oder der gleichen Anzahl Kinder im gleichen Zeitraum jedes Jahr einen Kurzaufenthalt von 8 Wochen zu gewähren;
 6. um circa 10 Millionen Hausbesitzern die Hauszinssteuer zu erlassen.
- Also Wählerinnen und Wähler, heraus aus eurer Gleichgültigkeit und besucht die Versammlung, vor allem aber vergeßt nicht euch einzutragen in die Listen für das Volksbegehren, welche nur noch bis einschließlich Mittwoch, den 17. ds. Mts. jeden nachmittags von 4—7 Uhr im Rathaus Zimmer Nr. 6 zur Einzeichnung offen liegen.

Von der Zentrumsparlei nahestehender Seite wird uns geschrieben:

Fürstenabfindung. Soll ich mich in die Liste eintragen oder nicht? „Gerechtigkeit steht höher als Recht!“ so schreibt der bekannte ev. Zentrums-Abg. A. Röder zur Frage der Fürstenabfindung. Bekanntlich haben Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam das in der Verfassung vorgesehene Verfahren des Volksbegehrens angestrengt, um einen Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung herbeizuführen. Allgemeine Not und Arbeitslosigkeit machen uns nur zu sehr geneigt, für eine rigorose Enteignung der fürstlichen Vermögen einzutreten. Daß die maßlosen Forderungen vieler Fürsten zu jetziger Zeit große Erbitterungen im Volke hervorgerufen haben, ist zu verstehen. Müßten wir doch alle, besonders wir hier im besetzten Gebiete, heute und noch auf Jahre hinaus unter den Folgen eines verlorenen Krieges bitter leiden! Mit Recht fragt sich mancher: Wo blieb mein ehrlich und durch saure Arbeit erworbenes Vermögen? Wo meine als Kriegsanleihe gezeichneten Notgroschen? Du hast dem Vaterlande Geld, Gesundheit, eben alles zur Verfügung gestellt, hast draußen in Regen und Schnee, in Gewittersturm und Eisestöße dein Vaterland verteidigt. Und wo blieb des Vaterlandes Dank — zumal von allerhöchster Stelle versprochen? — Ich möchte einmal festgestellt wissen, wieviel Kriegsanleihe von „den“ Fürsten gezeichnet wurde, die jetzt ihre unerfüllbaren Forderungen stellen! Und nun, ihr Fürsten! — Ich richte meine Frage an die, die es angeht. Es gibt auch noch „gute“ Fürsten! — wo ist „euer unantastbares und heiliges Eigentum“ her? „Habt Ihr es durch eiserne Fists, durch hervorragende „fürstliche“ Leistung erworben? Die Geschichte hat dafür ein klares „Nein“, vermöge eurer „Macht“ habt Ihr Euch das, was gefiel, zugeeignet und niemand konnte Euch wehren. Das absolute preuß. Herrschertum hat es sogar fertiggebracht, andere Fürsten, z. B. den König von Hannover aus seinem Lande zu entfernen und sich das Eigentum des Herzogs von Kassel und des Kurfürsten von Hessen hingewandert? Wo blieb das Eigentum der röm. kath. Kirche? Wer gab das Recht Kirchengut, Kirchengut einfach zu enteignen? Und zur Schande sei's gesagt: War das ein Begriff vom „heiligen“ Eigentum, wenn deutsche Fürsten ihre „Landeskinder“ für fremde Kriegsdienste veräußerten, um ihre hochwohlberühmtesten leeren Sädel wieder zu füllen? Alles rächt sich einmal! — Wie nett klingt es nun, wenn heute Fürsten und Fürstendienen die „christliche Sitlichkeit“ für ihr „heiliges“ Eigentum geltend machen! Es fehlte nur noch, daß „christliche Sitlichkeit“ zur Entscheidung fürstlicher Rätefrennwirtschaft erhalten müßte. — Durch den unglücklichen Krieg wurde das deutsche Volk beinahe bantrotzt. Wer hat Deutschland vor dem gänzlichen Ruin gerettet? Die Fürsten oder das Volk? Einzig und allein durch Volkstrost ist Deutschland wieder etwas geworden. Das Volk schuldet den Fürsten nichts, die Fürsten dem

Volke alles. Verlangen die Fürsten „Recht“ für sich, dann verlangen wir „Recht für das Volk!“ Wenn die Berichte der Blätter stimmen, so zählt die deutsche Republik monatlich Renten an: Wilhelm 2. 50000 Mk., Großherzog v. Mecklenburg 32500 Mk., Herzog v. Meiningen 41250 Mk., Herzog v. Braunschweig 6250 Mk., Großherzogin v. Weimar 8330 Mk., Königin v. Wwe. v. Württemberg 3000 Mk. Bei den ersten drei Zahlen wird dir schwindlig, lieber Leser. Du, arbeitsloser Vater, bekommst für dich und deine Familie monatlich 60 Mk. Und dennoch mögen die Fürsten sein wie sie wollen, bedenke „auch unter den Fürsten sind edle Menschen, die es mit dem Volke stets gut gemeint haben“. Du, lieber Leser, verehrte Leserin wirst höher denken. Nimmst du den Fürsten alles, dann handelst du ungerecht und alle Schuld rächt sich auf Erden. Zudem handelst du dem S. 153 zuwider: „Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet“ und bringst damit einen Grundpfeiler unserer Verfassung ins Wanken. Stellst du dich auf den Standpunkt „die Fürsten einfach zu enteignen“, dann gehörst du zu denen, die den Begriff „Eigentum“ überhaupt abschaffen wollen, zu denen, die in ihren Blättern schon den Satz geprägt haben „Es gibt kein Eigentum!“ — Nein, überlassen wir es dem Sondergericht, zusammengekehrt aus 4 Juristen und 4 Laien, nach Pflicht und Gewissen zum Wohle des Volkes zu entscheiden. Nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit mögen die Fürsten abgefunden werden, das ist die Ansicht der Reichstagsfraktion des Zentrums. Vor einem Eintrag in die Listen wird also gewarnt!

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betrifft: Sperrung der Frankfurter- und Flörsheimerstraße.
Wegen vorzunehmender Kanalarbeiten wird ab Montag, den 15. März 1926 bis zur Beendigung der Arbeiten, die Frankfurter- und Flörsheimerstraße für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt.
Der Verkehr von Mainz geht bis zum Plan, von da über Beihers, Gartenstraße und Massenheimerstraße zur Frankfurter Chaussee. Umgekehrt der Verkehr von Frankfurt a. M. über Massenheimer, Gartenstraße und Burgesstraße zur Mainzer Chaussee.
Hochheim a. M., den 10. März 1926.
Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Achtung! Winzer, Landwirte u. Zentrumsfreunde öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 14. März 1926, nachm. 3 Uhr in der „Burg Ehrenfels“

Redner: Dr. Graff, Landtagsabgeordneter und Direktor des hessisch-mittelrhein. Bauernvereins.

Thema:
„Winzernot und Fürstenabfindung“
Jeder ist willkommen!

Die Ortsgr. der Zentrumsparlei Hochheim.

Turngemeinde Hochheim (C. V.)

Samstag, den 13. ds. Mts. abends 8 Uhr findet im Vereinslokal die Monatsversammlung statt, wozu alle Mitglieder ergebenst eingeladen werden. — Lieberbühler sind mitzubringen. Der Vorstand.

Freiwillige Versteigerung.

Samstag, nachm. 4 Uhr versteigern im Frankfurter Hof, Bes. Bromm, die Erben der verstorbenen Frau Kath. Kaus eine Kücheneinrichtung, 2 Betten, einen großen Kleiderkasten, 2 Kommode, 1 hoher Ofen und anderes mehr. Öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung.

Husten, Atemnot
Verschleimung
Schreibe allen gern umsonst, wenn sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus
Heilighaus (Eichsfeld) (H. 16)

W ä s c h e
sowie im Erteilen von
Zither-Unterricht
empfiehlt sich
Therese Schumann
Frankfurterstraße 2.

Neuer Fund von falschen Banknoten.

Der geheimnisvolle Koffer in der Bahnhofsgarderobe.

Bei einer auf anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Untersuchung wurden in einem Koffer, der in der Garderobe des Westbahnhofs in Budapest aufbewahrt wurde, 6674 Stück falsche Tausendfrankennoten aufgefunden. Das Protokoll wurde in Gegenwart der französischen Konsulatsbeamten aufgenommen.

Neben den sensationellen Fund weitere gefälschte Tausendfrankennoten wird gemeldet: Der Präsident der Staatsanwaltschaft erhielt ein anonymes Schreiben des Inhalts, die von den Franzosen gefälschten Tausendfrankennoten befänden sich in einem Koffer in der Garderobe des Westbahnhofs. Dem Briefe lag ein Gepäckschein bei. Der Präsident veranlaßte sofort die entsandten französischen Beamten, während sich zwei Staatsanwälte zum Westbahnhof begaben, wo sie den Koffer übernahmen. Der Koffer mit drei Bündeln Noten wurde beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft erhielt Befehle, um den anonymen Briefschreiber und den Hinterleger des Koffers zu ermitteln.

Die „Börsen-Zeitung“ meldet aus München, daß dort ein Detektiv der Bank von Frankreich und ein französischer Polizeikommissar von Budapest eingetroffen sind, um Erhebungen in der Frankfurter Angelegenheit vorzunehmen. Die Nachforschungen sollen dem Bunde zufolge aufklären, ob das für die falschen Franknoten verwendete Papier aus München kam, oder durch eine Münchener Persönlichkeit beschafft worden ist.

Sport-Nachrichten.

Schießungen beim Dortmunder Schützengarten.

Wie die „Tribuna“ mitteilt, ist die Direktion der Westfalenhalle einer unerhörten Schärfe auf die Spur gekommen. Der Holländer van Riel soll den Franzosen Eugène und Louis noch einwandfreien Feststellungen hohe Summen — man spricht von 2000 und 1000 Mark — angeboten haben, damit sie ihm den Sieg überlassen. Als von Bel während der Neutralisation den Zeitungsartikeln zu Gesicht bekam, entspann sich zwischen ihm und dem Herausgeber eine Auseinandersetzung, die heftige Formen annahm. Das Ergebnis war, daß der Holländer das Rennen aufgab. Die maßgebenden Instanzen werden sich mit diesem Fall eingehend zu beschäftigen haben.

Eugène im Dortmunder Schützengarten geküßt.

Eugène kam in der Kurve zu Fall. Infolgedessen scheiterte er auch dem Rennen aus. An seine Stelle ist als Ersatzmann Kuhlhoff-Kreisel getreten.

Bedeutende Verbesserung des deutschen Damen-Ruderschwimmersports über 200 Meter.

Frau Wunram-Schramm vom Damen-Schwimmverein Bilsdorsheim verbesserte den deutschen Damen-Ruderschwimmersport über 200 Meter um 12 Sek. auf 3 Min. 18 Sek. (Weltrekord 3 Min. 6,6 Sek.).

Ernstes und Heiteres.

Nach dem Alkohol der Tabak.

Wie auf dem vierten Internationalen Tabak-Kongress in Graz mitgeteilt wird, hat die Bekämpfung der „Rauchsucht“ in Amerika schon recht bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. In 14 Staaten der Union ist bereits ein Verbot des Tabakverkaufs an Jugendliche bis zum 20. Lebensjahre erfolgt, während drei Staaten ein allgemeines Rauchverbot eingeführt haben. Die amerikanischen Abstinenzler scheinen demnach die „Rauchsucht“ auf eine Stufe mit der „Alkoholsucht“ zu stellen. Nach einer Notiz im „New York Herald“ soll in New York eine Frühlingsoffensive, d. h. eine große Demonstration gegen den Tabak veranstaltet werden. Das geschieht in einem Lande, das zu den bedeutendsten Tabak produzierenden Ländern gehört.

Ein Streit um Thorwaldsens „Christus“.

Wie aus Rom geschrieben wird, hat der Präsident der Lufakademie aus der Lufakirche eine der berühmtesten Schöpfungen des dänischen Bildhauers Thorwaldsen entfernen und — geschlagen lassen. Angeblich war dies wegen der architektonischen Wirkung der Kirche notwendig, und außerdem soll das Christusstandbild nur ein wertloser Gipsabguss gewesen sein. Der Direktor des dänischen Thorwaldsenmuseums, Dörmann, jedoch hält noch wie

vor an der Meinung fest, daß es sich um das Originalmodell bei dem auf diese Weise höchstwahrscheinlich gestörten Kunstwerk gehandelt habe.

Die Lufakademie ist die Kunstakademie von Rom; sie genügt besonders zu Beginn des 19. Jahrhunderts ungewöhnlich großes Ansehen. Thorwaldsen selbst gehörte ihr an, und Tenarant, der das Standbild gegossen haben soll, war ein Lieblingsgeschüler des Meisters. Das Standbild hatte in der Lufakirche seinen Platz als Gegenstand zu dem berühmten „Glauben“ von Canova. — Die Angelegenheit hat in allen kunstliebenden Kreisen Amerikas bedeutendes Aufsehen erregt und hat auch schon Anlaß zu erbitterten Pressefeinden in der römischen Presse.

Der trodene Amüsichimmel.

Auch bei der amerikanischen Prohibitionsbehörde reitet man zuweilen den berühmten Amüsichimmel. Als die Trockenlegung der Vereinigten Staaten in die Tat umgesetzt wurde, hatte ein braver Apotheker unter seinen unzähligen Flaschen und Gläsern auch eine solche mit sechs langen Whisky-Flaschen mit ihrem kostbaren Inhalt steht nun auch heute noch da, wo sie vor sechs Jahren bereits gestanden hatte. Jahr für Jahr meldet der biedere Apotheker dem Prohibitionsamt vor schriftsmäßig seinen ungeheuren Whiskybestand. So verlangt es das Gesetz. Verkauft der Apotheker den Whisky nicht, da er zum Verkauf von Alkohol seine Lizenz hat. Verschleudert er ihn auch nicht, sonst würde er mit dem Gesetz in Konflikt geraten, und zu trinken wagt er den gemeldeten Whisky naturgemäß auch nicht. So bleibt also nichts übrig, als daß der brave Apotheker alljährlich der Prohibitionsbehörde seinen Whiskybestand weiter anzeigt. Sonstam allerdings wird er darauf achten müssen, daß nicht etwa eine Gewichtsabnahme durch Verdunstung eintritt, weil sonst ein unbegründeter Verdacht entstehen könnte. Im übrigen wäre zu hoffen, daß das kostbare Produkt nach der Rückkehr als Amüsichimmel erhalten bleiben möge.

„Die Amerikaner sind zu — tugendhaft!“

Wie aus New York geschrieben wird, hat der Wiener Arzt Dr. Adolph Lorenz sich unlängst eines Besuches in New York dahin ausgesprochen, daß die große Zierlichkeit der Amerikaner vom allzu tugendhaften Leben kommt. Das Alkoholverbot der klaren Beweis für die übertriebene Genauigkeit der Amerikaner. Nur ein angestrichenes Pöbel werde sich überhaupt einer solch unverständlichen Tyrannei wie der Einführung des Alkoholverbotes unterwerfen. Gabe es überall Gelegenheit, unverfälschte alkoholische Getränke zu kaufen, so hätten es die Leute nicht nötig, sich mit verärgerten geistigen Getränken zu vergnügen. An dem schlechten Gesundheitszustand der Amerikaner seien nur jene schlechten Zurechtgerichte schuld, die der Amerikaner infolge des Verbotes zu sich nehmen müsse. Wirklich guter Wein oder sei noch immer die beste Arznei für den Körper, die die Wissenschaft kenne. Sein Rezept für ein langes Leben sei mit kurzen Worten: Daß zu halten in allen Dingen, auch in der Tugendhaftigkeit. — Dr. Lorenz selber unterwarf sich vor drei Jahren im Alter von 68 Jahren einer Steinoperation und fühlt sich seitdem wie ein 40-jähriger Mann mit besten Kräften, während er vorher altersschwach und nervös war.

Gerichtliches.

Verurteilung eines Chauffeurs wegen fahrlässiger Tötung. Das schwere Autounfall im Elstal im August v. J., wobei von einer Düsseldorf-Reisegeellschaft drei Personen getötet und 18 verletzt wurden, hatte jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Der Chauffeur aus Düsseldorf hatte sich unter der Anklage zu verantworten, den Unfall durch Fahrlässigkeit verschuldet zu haben. Der Angeklagte war Führer eines von der Postverwaltung neu eingestellten Personnenwagens, der mit 28 Personen eine Fahrt durch die Elstal unternahm. An einer stark steigenden Stelle auf der Elstalstraße Dünghelmstrecke schaltete der Chauffeur den dritten Gang ein, um die Steigung besser zu überwinden. Nachdem der Wagen über die Höhe war und die Straße wieder fiel, fuhr er die Schnelligkeit des Wagens zu mindern und schaltete den zweiten Gang ein, wodurch die Motorbremse außer Tätigkeit kam. Dieser Versuch gelang dem Führer jedoch nicht, und zur Verhinderung der Schnelligkeit blieb ihm nur noch die Fußbremse. Der Wagen kam ins Schleudern, stürzte eine steile Böschung hinab, wobei drei Personen getötet und 18 verletzt wurden. Das Gericht nahm Fahrlässigkeit an, räumte dem Angeklagten mit Rücksicht auf den guten Leumund Strafmilderung ein und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Handelsteil.

Berlin, 10. März. — Devisenmarkt. Der Frankfurter zeigte gegen Ende 1920 eine erhebliche Besserung. Von den sonstigen internationalen Werten konnte sich kein einer auszeichnen.

— Effektenmarkt. Das Geschäft war nicht mehr so lebhaft in den Borsen, blieb dagegen immer noch auf einige wenige konzentriert. Unter deren Führung lag die Börse am besten.

— Kreditmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Mark: 24.1—25.4, Roggen märz. 15—15.4, Stangerse märz. 15.9—16.9, Weizenmärz 14.25—15.75, Weizenmärz 21.75—23.50, Weizenkleie 10, Roggenkleie 8.80—9.

Frankfurt a. M., 10. März. — Devisenmarkt. Im Devisenverkehr ist der Pariser auf die Neubildung des Kabinetts mit Irland als Ministerpräsidenten kräftig erhöht. Die Pfundparität sank auf 127 engl. Pfund liegt mit einem Gegenwert von 4.88, reich fest.

— Effektenmarkt. Nach dem gestrigen unsicheren eröffnete der heutige Verkehr in fester Haltung mit nur bis zu 2 Prozent etwas erhöhten Kursen. Die Spekulation lag auf Bedenken ein, wodurch das Geschäft anfangs etwas flottes Aussehen hatte, aber bald wieder abschwand.

— Kreditmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Mark: 26.25, Roggen märz. 17.25, Sommergerste 20—23, Stangerse märz. 19—21.50, Weizen (grün) 17—17.25, Weizenmärz 19.75, Roggenkleie 23—25.50, Weizenkleie 9—9.25, Roggenkleie 27.75.

Letzte Nachrichten.

Die Memoiren des Obersten House.

Paris, 10. März. Im heutigen Abschnitt der Memoiren des amerikanischen Obersten House im „New Herald“ wird nach der Verzeichnung der Wiederwahl zum Präsidenten die außenpolitische Entwicklung der Jahre zur Abordnung des Wilsonschen Friedensangebotes nach dem sich die deutsche Regierung am 12. Dezember erklärte hatte, in Friedensverhandlungen einzutreten, hat. Den Friedensgedanken Wilsons führt House auf selbstständiges Presbytergewissen zurück. House als Friedenspolitiker bekämpft und besonders im Entwurf Wilsonschen Note eine Wendung, lautend „die Ursache des Krieges sind dunkel“, angegriffen. Neben der Annahme des amerikanischen Friedensangebotes betonte amerikanische Botschafter in Berlin an House: Deutschland eine Friedenskonferenz, um zu für Deutschland günstigen Bedingungen mit Ausland einen separaten Frieden schließen, dann mit England mit Hilfe der Alliierten zu verhandeln und später mit Japan, Rußland und Frankreich abzurechnen. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Page, schreibt, man sei in England verstimmt, daß Wilson Deutschland mit den Alliierten auf eine Stufe setze. Der König solle sogar, wie man erklärte, vor Freude und Enttäuschung darüber Tränen vergießen. Der Botschafter „Landmann“ endgültig für das Land verloren.

Bogen, 10. März. Die Verurteilung gegen die Nichtzahlung des dreimonatlichen Leihens des „Landmann“ in wurde endgültig vom Generalanwalt abgelehnt. Der amerikanische Direktor des Verlages der Druckerei „Bogeloch“ Reichsdeutscher, muß in den nächsten Tagen nach Deutschland zurückkehren.

Hannover über die Haltung Deutschlands und Schweden. Genf, 10. März. In einem Interview, das der Außenminister Hanquast der Wärdner Presse gewährte, er auf die intrasichere Stellung Deutschlands und Schweden in der Notlage hin, die beide unter allen Umständen Erweiterung des Rates mit Ausnahme der Aufnahme Deutschlands verhindern wollten. Der Schwede sei im Ausland von schwarzen Wollen bedeckt, aber er hoffe, daß eine Verständigung werden würde, die dem Frieden und dem Wohlstand nützlich sei.

Der kluge Geschäftsmann inseriert

Achtung!

Samstag, den 13. März d. J. abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Krone“ eine große

öffentl. Volksversammlung

statt — Frau Alma Möhle (Frankfurt a. M.) spricht über:

„Fürstenabfindung und Volkenscheid“

Wähler u. Wählerinnen, Einwohner Hochheims erscheint in Massen, hört was diese Hausfrau u. Mutter auch über diese Frage zu sagen hat. Ganz besonders alle wahlberechtigten Frauen u. Mädchen werd. gebet, an der Versammlung teilzunehmen.

Es gilt dem Raubzug der ehemal. Rücken auf die Taschen der Steuerzahler ein hartes und entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen.

Wer es mit unserem Vaterland und Volke ernstlich gut meint, der bleibe nicht zurück.

Der Vorstand der Sozialdem. Partei.

Achtung!

PERFLOR
ist besser



als das Waschmittel, das Sie benötigen.
Perflor D. A. P. von Hammer ist etwas noch
Dagewesenes. Es sind die einzigen selbstständigen
Seifenpulver, die es gibt.
Perflor ist besser als pulverförmige Seifenpulver,
Weichpulver, weil es ohne jede Schärfe für Hände
und Hände, ohne Soda und Wasser glasig ist.
Rache die große Wäsche mit Perflor, es hat in einem
Dienstag die Wäsche für Dich gemacht.
Perflor ist billig und bequem, denn es verleiht
das Waschen: Einseifen, Einbücheln,
zweites Waschen und lästiges Reiben sind nicht
mehr erforderlich.
Perflor ist besser als andere Seifenpulver, weil
es wäscht, bleicht und fäulen entfernt.
Wäsche die feinsten Gewebe, Wolle und Seide
bunte Stoffe kalt oder handwarm mit Perflor.
Perflor ist ein Wunder: Es erhält die Sachen
und nimmt doch jeden Fleck. Es wäscht schmutzige
und ist doch mild wie die mildeste Seife. Perflor
ist chlorfrei. Löse Perflor kalt oder lauwarm.
Preis: Paket 45 Pfg.